

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/27.

8. Februar 1972

Worum es geht

Ostverträge ermöglichen einen gesicherteren
Frieden

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses
Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Neue Form internationaler Zusammenarbeit

In Igls blieb es nicht nur bei einem Gedanken-
austausch

Von Volkmar Gabert MdL
Landesvorsitzender der SPD in Bayern
Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Das Jahr der Arbeitnehmerin

Der DGB und die Probleme der erwerbstätigen
Frauen

Von Maria Weber
Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschafts-
bundes
Seite 5 und 6 / 64 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und Einglie-
----- derung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presschaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 80 37 - 88
Telex: 936 946 / 088 347/
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Worum es geht

Ostverträge ermöglichen einen gesicherteren Frieden

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Es gibt keine verantwortbare Alternative zur Ostpolitik unserer Bundesregierung. Die letzte Barzel-Reise in die USA lieferte den endgültigen Beweis für die außenpolitische Isolierung der Opposition, der "Entwurf eines Gewaltverzichtsvertrages" der CSU für die inneren Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU in dieser Frage.

Worum geht es bei der neuen Außenpolitik?

1/ Die BRD darf nicht isoliert werden. Spätestens seit Anfang der 60er Jahre verlor die Ostpolitik der damaligen CDU geführten Bundesregierungen ihre Überzeugungskraft. Das Abwarten und die unbegründete Hoffnung auf bessere Zeiten verschlechterten unsere Lage von Jahr zu Jahr. Der Kontakt zwischen den Deutschen wurde von der DDR durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl total unterbrochen. Staaten in West und Ost näherten sich vorsichtig der Schwelle zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. De Gaulle setzte 1967, während seiner Polen-Reise, unübersehbare Zeichen zugunsten einer völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Wichtige NATO-Partner reduzierten ihre Truppenkontingente in Europa, ohne daß der Warschauer Pakt Gegenleistungen erbrachte. Eine ständig wachsende Minderheit in den USA drängte auf weitere drastische Verringerung der Truppen in Europa. Die Sowjetunion bekräftigte zur gleichen Zeit einen Interventionsanspruch über der BRD, den sie glaubte aus Artikel 53 und 107 UNO-Charta ableiten zu können.

2/ Die BRD braucht mehr Sicherheit und Entspannung. Die sich zum Nachteil der BRD vollziehende Entwicklung mußte durch die Regierung Brandt/Scheel gestoppt werden. Wir brauchen den Gewaltverzicht der Sowjetunion uns gegenüber, mehr Vertrauen zwischen den Völkern Osteuropas und den Deutschen, die Verbesserung der Kontakte zwischen den Deutschen, die Stabilisierung der Lage Berlins, den Schutz und das Verständnis der mit uns befreundeten Staaten. Moskauer

Vertrag, Warschauer Vertrag und Berlin-Abkommen sind die ersten Stationen der Erfolgsbilanz. Wir anerkennen den politischen Status quo in Mitteleuropa. Die Sowjetunion verzichtet auf den Interventionsanspruch, uns gegenüber und anerkennt die gewachsenen Bildungen und deren Weiterentwicklung zwischen Westberlin und der BRD.

Beide Seiten haben ihre Maximalforderungen aufgegeben. Damit wurde die Sperre gelöst, die West und Ost bisher die Chance nahm, den Entspannungsprozeß für Europa einzuleiten. Unsere Bundesregierung sicherte diese Ostpolitik durch enge Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten ab. Von Anfang an wurde vermieden, daß Entspannungsbestrebungen mit den osteuropäischen Staaten zu Spannungen mit unseren Partnern führten. Nicht die Verlagerung der Spannungsfelder, sondern ein Zuwachs an Entspannung ist unser Ziel. Wir sicherten die Ostpolitik auch ab, in dem wir unseren militärischen Verpflichtungen in der NATO immer ernst nahmen. Wir boten eine Strategie an, die die Bemühungen um mehr Sicherheit und Entspannung verkoppelt. Ich meine die intensiven Bemühungen der Bundesregierung, eine Konferenz über Europäische Sicherheit zustandezubringen und gleichzeitig einen gleichgewichtigen und gleichzeitigen Abbau der Militärpotentiale in West und Ost (MBFR) zu fördern.

Damit haben wir unseren Verbündeten ein loyalistisches außenpolitisches Konzept angeboten. Es ist frei von gefährlichen Wunschvorstellungen, es geht aus von der bestehenden politischen Lage und versucht von dort mehr Entspannung, mehr Frieden zwischen uns Europäern zustande zubringen. Ich bin von der Richtigkeit dieser Politik überzeugt, weil zurzeit offenbar eine weltpolitische Konstellation besteht, in der die Führungsmächte USA und Sowjetunion selbst an mehr Sicherheit und Entspannung in diesem Raum interessiert sind.

(-/ex/8.2.1972/ks)

+ + +

Neue Form internationaler Zusammenarbeit

In Igls blieb es nicht nur bei einem Gedankenaustausch

Von Volkmar Gabert MdL

Landesvorsitzender der SPD Bayern

Das Spitzentreffen der Vorsitzenden der fünf sozialdemokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs, Italiens und der Schweiz sowie deren Begleiter hat mit Recht in der Öffentlichkeit eine große Beachtung gefunden. Daß in Igls mehr als 70 Journalisten anwesend waren ist ein Beweis dafür, wie dieses Zusammenwirken als eine neue Form der Politik gewertet wird.

Die Ergebnisse der Konferenz von Igls zeigen, daß nicht nur theoretische Erörterungen gepflogen worden sind. Von einem "Resolutions-Internationalismus" alten Stils war hier nichts zu merken. Die Parteien haben sich vielmehr darauf verständigt, in ganz konkreten Fragen im Bereich der vier Staaten enger als bisher zusammenzuarbeiten.

Sehr rasch war man sich darin einig, daß die Mobilität von 3,5 Millionen Gastarbeitern in Europa gerade von sozialdemokratischen Parteien Beachtung finden muß. Ein psychologisch und soziologisch fundiertes Gutachten, das bereits in Auftrag gegeben worden ist, soll die Entscheidung über Einzelmaßnahmen erleichtern. Wohl erstmalig standen in Igls die Fragen der grenzüberschreitenden Planung, Raumordnung und des Umweltschutzes bei einer internationalen Konferenz im Vordergrund.

Wichtige Vorarbeiten hatte bereits die "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Parteien der Alpenregion" geleistet, die aus den in den Alpen liegenden und den angrenzenden Regionalverbänden gebildet worden ist. In Igls wurden nun auch andere Fragen in die Erörterungen einbezogen.

Ein typisches Beispiel dafür ist die große Bedeutung des Rhein-Main-Donau-Kanals und das Interesse, das Österreich aber auch Südosteuropa an der Fertigstellung des letzten Abschnitts dieser

internationalen Wasserstraße haben. Die Parteien waren sich darüber einig, daß es sich dabei um eines der entscheidenden Vorhaben für die konstruktive Osteuropapolitik handelt. Dazu kommen Probleme der Wasserversorgung, der Energieversorgung, der Erdgasversorgung, der Ölversorgung usw.

Für die Zukunft wird aber auch die wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der in Igls vertretenen Parteien von grosser Bedeutung sein. Auch hier ist es notwendig, die sozialdemokratischen Auffassungen zu koordinieren. Sicher werden dabei die von Sozialdemokraten besetzten Wissenschaftsministerien in den einzelnen Ländern eine zentrale Rolle spielen.

Auf längere Sicht wird es wichtig sein, die Spitzenkräfte der fünf Parteien in gemeinsamen Kursen mit den wichtigsten Fachfragen vertraut zu machen und die politischen Konsequenzen abzustecken. Eine Sommerschule wird bereits in diesem Jahr für die fünf Parteien in Österreich stattfinden.

Sicher wird es auch erforderlich sein, die ideologische Entwicklung und die Zielsetzung des demokratischen Sozialismus zwischen den Parteien zu diskutieren. Auch dies ist in Igls besprochen worden.

Ich glaube, daß diese Konferenz auch den Ausgangspunkt für einen wichtigen neuen Abschnitt gelegt hat. Es ist nicht beabsichtigt, eine Art "Ersatz-Internationale" zu bilden. Vielmehr soll in einer bestimmten Region zu einem sachlichen Zusammenwirken sozialdemokratischer Parteien gekommen werden, mit dem Ziel, gemeinsam ganz konkrete Aufgaben zu bewältigen.

Die fünf Parteien vertreten mehr als 21 Millionen Wähler. Aber nicht nur diese Größenordnung, sondern auch die neue Form übernationaler Zusammenarbeit sozialdemokratischer Parteien macht die Beschlüsse von Igls bedeutungsvoll.

(-/ex/8.2.1972/bgy)

+ + +

Das Jahr der Arbeitnehmerin

Der DGB und die Probleme der erwerbstätigen Frauen

Von Maria Weber

Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das Jahr 1972 für sich und seine Arbeit zum "Jahr der Arbeitnehmerin" erklärt. In diesem Jahr wird der DGB mehr noch als bisher die Öffentlichkeit über Aufgaben, Ziele und Erfolge seiner Arbeit für die erwerbstätigen Frauen informieren. Außerdem will er den noch nicht gewerkschaftlich organisierten Frauen ihre Situation als lohn- und gehaltsabhängige Arbeitnehmerinnen bewusster machen und ihnen die Mitgliedschaft in den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften empfehlen.

In allen Teilen der Bundesrepublik sind Aktionen vorgesehen. In Diskussionen, Podiumsgesprächen, Schulungen oder bei Frauentreffen werden die Probleme der erwerbstätigen Frauen behandelt und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Hierbei wird das "Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen" mit seinen Grundsätzen und Forderungen eine wertvolle Unterstützung sein.

Heute sind in der Bundesrepublik Deutschland 9,6 Millionen Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren erwerbstätig, das sind 36,4 vH. aller Erwerbstätigen. Von diesen Frauen sind 56,2 vH. verheiratet und 43,8 vH. alleinstehend, also unverheiratet, verwitwet oder geschieden. 2,6 Millionen erwerbstätige Mütter haben Kinder unter 15 Jahren, darunter 1,1 Millionen Mütter mindestens ein Kind unter sechs Jahren. Der Anteil der verheirateten Frauen an den erwerbstätigen Frauen ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen.

In der kommenden Zeit werden etwa 1,5 Millionen Frauen, das entspricht dem Anteil der alleinstehenden Frauen im Alter zwischen

40 und 65 Jahren, aus dem Berufsleben ausscheiden.

Geht man nun davon aus, daß in naher Zukunft die Schulpflicht in allen Bundesländern mindestens zehn Jahre betragen wird und daß mehr verheiratete Frauen auf Grund qualifizierter Ausbildung im Beruf bleiben oder bald in den Beruf zurückkehren werden, und bezieht man gleichzeitig die frühen Eheschließungen mit in die Überlegungen ein, dann wird der Anteil der verheirateten Frauen an den Erwerbstätigen noch schneller wachsen.

Daß Wirtschaft und Gesellschaft heute nicht mehr auf die Erwerbstätigkeit der Frauen verzichten wollen und können, ist eine kaum mehr bestrittene Tatsache. Daraus aber die dringend notwendigen Konsequenzen zu ziehen, die es ermöglichen, Erwerbstätigkeit und Familienpflichten miteinander in Einklang zu bringen, wird noch sehr oft vergessen oder sogar als unnötig empfunden. Daß hierzu ein Umdenken erforderlich ist, ist uns klar. An diesem schwierigen Prozeß arbeiten wir selbst mit. Wir werden aber mit den immer größer werdenden Problemen nicht fertig, wenn nicht endlich ganz konkrete Hilfen geleistet werden. Hilfen, wie sie das DGB-Programm für Arbeitnehmerinnen fordert: Zum Beispiel für die junge Mutter ein besserer Mutterschutz; zur Chancengleichheit aller Kinder ein ausreichendes Angebot an ganztägig geöffneten Kindergärten und Ganztagschulen; zur Pflege von erkrankten Angehörigen Freistellung von der Arbeit für einen bestimmten Zeitraum unter Fortzahlung des Entgelts; darüber hinaus eine verkürzte Arbeitszeit für Männer und Frauen.

Dies sind nur einige Forderungen, die der DGB stellt, deren Verwirklichung aber zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen beitragen werden, und die im "Jahr der Arbeitnehmerin" besonders herausgestellt, diskutiert und nach Möglichkeit realisiert werden sollen.

(-/ex/8.2.1972/ks)